

Ist die AfD rechtspopulistisch? Und wenn ja, was folgt daraus?

Joachim Drumm

Wer sich anschickt, in einem Themenheft der INFORMATIONEN zu „Populismus“ über die AfD zu schreiben, begibt sich auf schwieriges Gelände. Denn es ist keine Frage: „Populismus“ ist in diesem Heft ein negativ besetzter Begriff. Überhaupt ist er in der politischen Auseinandersetzung landläufig ein Begriff zur politischen Diskreditierung des Gegners. Er markiert die Bedrohung unserer politischen Kultur, brandmarkt ein Gefährdungspotential für unsere Demokratie, umschreibt Positionen, die abzulehnen sind. Und so gibt es durchaus warnende Stimmen, die sagen: Adressierung des Rechtspopulismus ja, aber bitte nicht konkret im Sinne der Adressierung einer bestimmten Partei in diesem Themenheft. Immerhin: In Deutschland ist die AfD heute in neun Landesparlamenten vertreten. In Baden-Württemberg ist sie die stärkste Oppositionspartei. Und sie tritt an für die Bundestagswahl 2017. Darf sich das Publikationsorgan eines Diözesanrats überhaupt parteipolitisch äußern? Ist es nicht bewährte Lehre des Zweiten Vatikanischen Konzils, dass Christen aus ihrer christlichen Orientierung heraus zu unterschiedlichen, ja gegensätzlichen politischen Optionen und Positionen kommen können?

Die Fragestellung

Ich möchte exakt diese Unsicherheiten und Fragen bei den Hörnern packen, indem ich frage: Ist die AfD rechtspopulistisch?

Zunächst ist zu klären, was ich unter Populismus verstehe. Ich stütze mich dabei besonders auf sozialwissenschaftlichen Beiträge des Themenhefts „Populismus“ der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ vom 30. Januar 2012, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (APuZ, 62. Jg, 5-6/2012). Ich werde Wesensmerkmale des Populismus herausarbeiten und danach fragen, ob und inwieweit die AfD diese Wesensmerkmale erfüllt. Ich beziehe mich zur Erörterung dieser Frage in erster Linie auf das Grundsatzprogramm der bundesweiten AfD.

Wesensmerkmale des Populismus

Der Begriff „Populismus“ kann sich auf unterschiedliche Dimensionen beziehen: auf den Politikstil, auf politische Inhalte, auf die agierenden Personen, auf die Art der medialen Präsenz. Die Dimensionen durchdringen sich.

In „Populismus“ steckt das lateinische Wort „populus“, zu deutsch „Volk“. In der Tat ist der Rekurs auf das „Volk“ wesentlich für den Populismus. Er beansprucht für sich, auf Seiten des Volkes, Stimme des Volkes zu sein, und zwar in doppelter Abgrenzung: zum einen „vertikal“ gegenüber den „Eliten“ (Establishment, Berufspolitiker etc.), denen abgesprochen wird, das Volk zu vertreten, zum anderen „horizontal“ gegenüber den „anderen“ (Islam, Fremde etc.), die eine Bedrohung für das Volk darstellen.

Auf der vertikalen Achse gibt sich der Populismus bewusst anti-elitär. So wird „Elite“ z. B. als korrupte, eigenbezügliche politische Klasse beschrieben und deren Vertreter werden somit implizit oder gar als „Volksverräter“ gestempelt. Das Anti-Elitäre formiert sich oft auch als Anti-Intellektualismus. Der „gesunde Menschenverstand“ als common sense des Volkes wird höher gewertet als der Sachverstand der Fachleute. Komplexität wird stark reduziert. Auf schwierige Fragen werden einfache Antworten gegeben. Gerne gibt man sich anti-politisch: „Ich bin kein Politiker. Ich sage, was ich denke“. Es liegt in der Sache, dass sich diese Grundhaltung zugleich mit Institutionsfeindlichkeit paart. Populisten fordern „eine ungefilterte politische Willensartikulation und lehnen intermediäre Organe als Instrumente der ‚Bevormundung‘ ab. Aber im Unterschied zu direktdemokratischen Verfahren, die auf der Kontrolle (dem gebundenen Mandat) der Delegierten durch die Delegierenden beruhen, befürworten sie einen spontanen Voluntarismus in einer Akklamationsdemokratie. (Karin Priester, APuZ, S. 5). Man könnte sagen: Populisten sind „Demokratisten“, „Radikaldemokraten“, die mit den Mechanismen der repräsentativen Demokratie nicht viel anfangen können.

Auf der horizontalen Achse ist „Volk“ der Gegenbegriff zu denen, die dem Volk nicht zugerechnet werden, zu den „anderen“, die eine äußere Bedrohung darstellen. Dies gilt besonders für den Rechtspopulismus. Denn während der Linkspopulismus prinzipiell auf kollektive Inklusion aus ist, betreibt der Rechtspopulismus Exklusion. Die „anderen“, das können sog. „Sozialschmarotzer“ sein, Immigranten, Asylbewerber, der Islam. Die Vergewisserung der Identität und der Wertigkeit der eigenen Kultur erfolgt durch Ablehnung und Abwertung des Fremden.

Auf beiden Achsen wird „Volk“ zur Chiffre für eine rückwärtsgewandte Utopie, für einen Zustand der Unmittelbarkeit, des Heilseins, der Identität. „Volkssouveränität“, vertikal als Möglichkeit der ungefilterten Willensartikulation „des“ Volkes – mit einer Tendenz, Volksherrschaft als Mehrheitsherrschaft zu verstehen statt als austariertes System von Mehrheits- und Minderheitsrechten – und horizontal als Unabhängigkeit oder Vorzüglichkeit vor den anderen, wird zum Schlüsselbegriff.

Durch die doppelte Abgrenzung wirkt besonders der Rechtspopulismus polarisierend. Mittels Emotionalisierung und Dramatisierung wird die Polarisierung zwischen dem moralisch überlegenen Volk und den egoistischen Eliten einerseits und zwischen identitären Volk und den bedrohlichen „anderen“ andererseits zugespitzt und gesteigert. Wer die Inaugurationsrede von Donald Trump verfolgt hat, hätte meinen können, die Partei der Demokraten hätten die USA zuvor in Schutt und Asche gelegt und die Vereinigten Staaten wäre umgeben von Nationen, die kein anderes Ziel haben, als die USA auszunutzen und auszusaugen.

Mit diesen Zuspitzungen und Vereinfachungen gelingt es Populisten, Menschen aus unterschiedlichen politischen und sozialen Kontexten und Schichtungen hinter sich zu scharen. Der britische Ideologieforscher Michael Freedon prägte den Begriff der „dünnen Ideologie“ zur Kennzeichnung dieser Fokussierung auf einige wenige Kernthemen. In den aktuellen Populismen kreisen diese Themen europaweit um Überfremdung, Europakritik, Islamophobie, Homophobie, Lebensschutz und Brandmarkung der sog. „Gender-Ideologie“.

Beobachtungen zum Grundsatzprogramm der Bundes-AfD

Wenden wir uns dem Grundsatzprogramm der AfD zu. Bereits die ersten Zeilen der Präambel lassen den antielitären Zug der AfD deutlich werden. Als „Bürger mit unterschiedlicher Geschichte und Erfahrung, mit unterschiedlicher Ausbildung, mit unterschiedlichem politischen Werdegang“ habe man sich zusammengefunden in der Überzeugung, dass die Bürger ein „Recht auf eine echte politische Alternative haben, eine Alternative zu dem, was die politische Klasse glaubt, uns als ‚alternativlos‘ zuzumuten zu können.“ Und gleich im Folgesatz heißt es: „Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht länger zusehen.“ Es gehe der AfD darum, unser Land „grundlegend zu erneuern“. „Unsere Ziele werden Wirklichkeit, indem wir den Staat und seine Organe wieder in den Dienst der Bürger stellen.“ Das Grundsatzprogramm behauptet, dass die Grundsätze der Gewaltenteilung in Deutschland nicht mehr gewahrt seien, dass „Volkssouveränität“ eine „Fiktion“ geworden sei. „Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien.“ Es gelte, die Volkssouveränität wieder herzustellen. Deutschland befinde sich in einem „illegitimen Zustand“, der nur durch das „Staatsvolk“ beendet werden könne. Solche Sätze behaupten nicht weniger als dass das gegenwärtige politische System ein Unrechtssystem sei, dem durch das Volk ein Ende gesetzt werden müsse. Die Forderung zielt somit nicht nur auf eine andere Politik, sondern auf eine grundlegende Veränderung des politischen Systems.

Wie sieht es auf der horizontalen Achse aus: Das deutsche Volk und die anderen? Das Kapitel „Kultur, Sprache und Identität“ beginnt mit der Hervorhebung Deutschlands als große europäische Kulturnation: „Deutsche Schriftsteller und Philosophen, deutsche Musiker, bildende Künstler und Architekten, in jüngerer Zeit auch deutsche Designer und Filmemacher, haben wesentliche Beiträge zu ihren jeweiligen Disziplinen im weltweiten Maßstab geleistet.“ Eine Reflexion darüber, was diese Kulturschaffende als deutsche Kulturschaffende auszeichnet, findet nicht statt. Ihre Herkunft? Ihr Sprache? Ihre Landesherrn?

Das gesamte Programm ist geprägt von der Befürchtung eines Identitätsverlusts und dem Anliegen, deutsche Kultur, Sprache und Identität zu sichern. Dem Bekenntnis zu einer „Deutschen Leitkultur“ – die aber nicht konkret beschrieben wird – folgt der Satz: „Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.“ Der Satz geht davon aus, dass kulturelle Einflüsse von außen eine Bedrohung deutscher Identität darstellen. Was diese „Identität“ ausmacht, wird nicht reflektiert. Sie wird als statisch gesetzt angenommen und als gegen Fremdeinflüsse zu verteidigen dargestellt.

So überrascht es nicht, dass das Kapitel „Innere Sicherheit und Justiz“ von dieser Grundschemata her geprägt ist. Bereits in den Eingangssätzen wird konstatiert, dass sich die staatlichen Organe und Institutionen wieder an das Recht halten müssen. Dem gegenwärtigen Staatswesen wird damit Rechtsbruch unterstellt. Wörtlich heißt

es: „Vor einem Staat, der das Recht mit Füßen tritt, sind die Bürger nicht sicher.“ Die AfD sieht die innere Sicherheit nicht mehr gegeben und „fordert daher einen ‚sicherheitspolitischen Befreiungsschlag‘, um den Schutz der Bürger an erste Stelle zu setzen. Andere Belange haben sich dem unterzuordnen. Wir wollen einen klaren Systemwechsel hin zu Behörden, die zum maximalen Schutz der Bürger in der Lage sind: Ausländerbehörden, Polizei und Strafverfolgung.“ Bemerkenswert ist, dass an erster Stelle die Ausländerbehörden als Institutionen zur Gewährung der Sicherheit der Bürger genannt werden.“

Die AfD geht davon aus, dass das Volk, die deutschen „Bürger“ (von Bürgerinnen ist nicht die Rede) moralisch gut sind, die Bedrohung dagegen eine von außen importierte Bedrohung ist. So ist es nur folgerichtig, dass die AfD die legale Bewaffnung der deutschen „Bürger“ fordert und dass das Thema Zuwanderungsbegrenzung zentral ist. Zuwanderung wird vor allem als „Zuwanderung in unsere Sozialsysteme“ bewertet. „Einwanderung in die sozialen Systeme ist Alltag.“ Die AfD fordert daher „die vollständige Schließung der EU-Außengrenzen“ und „Sicherungsmaßnahmen an den deutschen Grenzen zur Verhinderung jeder unkontrollierten Einwanderung. Das schließt die Bewachung der ‚grünen‘ Grenzen ein“, bei Bedarf mit Bundeswehrein-satz.

Familienpolitik wird entsprechend besonders unter dem Aspekt des Volkserhalts betrachtet. Der Geburtenrate der deutschen Bevölkerung wird die Geburtenrate der Migranten entgegen gehalten. „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung“ heißt die Devise.

Zwischenfazit

Diese Beispiele mögen hier genügen als Beleg dafür, dass die AfD mit ihrem doppelten „Konstrukt Volk/Bürger versus Eliten“ bzw. „Volk/Bürger versus Problemimport durch Zuwanderung“ grundlegende Wesensmerkmale von Populismus aufweist. Es wird schweigend vorausgesetzt, dass das Volk, dass die Bürger moralisch überlegen sind gegenüber der „herrschenden Klasse“ oder den Migranten und dass mit der Wiederherstellung der Volkssouveränität „alles gut“ wird. Die AfD versteht sich als Sammlungsbewegung der Aufrechten und der Anständigen. Sie verspricht eine grundlegende Erneuerung unseres Staatswesens und die Wiederherstellung eines legitimen Zustands.

Man kann diesen Anspruch nicht anders werten, denn als überheblich, hybrid, utopisch und anmaßend.

Die AfD und die Demokratie

Die AfD ist eine Partei, die sich erklärtermaßen einsetzt für „direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, Subsidiarität, Föderalismus, Familie und die gelebte Tradition der deutschen Kultur.“ „Wir sind überzeugte Demokraten.“ Das Grundsatzprogramm ist sehr ausführlich Es äußert sich zu sämtlichen relevanten Politikfeldern und unterbreitet teils klare Vorstellungen und konkrete Vorschläge für eine Politik auf diesen Feldern. Manche Kritik an Entwicklungen der Vergangenheit ist unabhängig von der persönlichen politischen Orientierung ernst zu

nehmen. Manche Anliegen kann man als berechtigt teilen. Manche Vorschläge sind bedenkenswert. Es gibt eine ganze Reihe von Übereinstimmungen mit Forderungen konservativer Politik in anderen Parteien. Einiges scheint auch den Orientierungen der katholischen Lehre zu entsprechen. Gerade die Themen Familie, Lebensschutz oder die Hochstilisierung der Gendertheorie zum Genderwahn dürften auf manche konservativ gesonnenen Katholiken die Wirkung eines Trojanischen Pferds haben.

Es sind weniger die Einzelthemen, die alarmierend wirken, als der generelle Zugriff auf die Themen. So ist es auch nicht erstaunlich, dass die Sätze, die aufhorchen lassen, großenteils in den Eingangspassagen zu den einzelnen Kapiteln zu finden sind.

Der Politikwissenschaftler Andreas Püttmann, der sich in einer Reihe beachtlicher Beiträge mit der AfD auseinandersetzt, hat eine wichtige Unterscheidung der anglo-amerikanischen Politikwissenschaft in Erinnerung gerufen: die Unterscheidung zwischen *politics*, *policy* und *polity*. *Politics* bezieht sich auf Prozesse wie politische Verfahren (z.B. Wahlen, Abstimmungen, Lobbyismus) und auf die Konfliktanalyse bzw. darauf, wie Interessengruppen ihre Anliegen durchzusetzen suchen. *Policy* (engl. policies) bezeichnet die *Inhalte* politischer Auseinandersetzungen, es geht um die Gegenstände, Aufgaben und Ziele, welche die Beteiligten formulieren und realisieren wollen. *Polity* umfasst die *Regeln* des Politischen und bezieht sich auf institutionelle Aspekte. Der Fokus ruht auf den verfassungsmäßigen politischen Strukturen und Ordnungen einer Gesellschaft sowie auf deren Rechtsordnung. Neben der institutionellen Ebene ist die normative Ebene angesprochen.

Auf der Ebene *policy* gibt es vieles am AfD-Programm, was auf Wählerinnen und Wähler durchaus überzeugend wirken kann. Auf der Ebene der *Polity*, auf der ordnungspolitischen und normativen Ebene jedoch, finden sich Aussagen, die letztendlich kaum anders zu interpretieren sind denn als die radikale Infragestellung der repräsentativen Demokratie. Um ein Bild zu bemühen: Wie eine Melodie erklingt, hängt letztlich davon ab, unter welchen Vorzeichen sie gespielt wird. Und die Vorzeichen der AfD-Melodie wirken alarmierend. Wir erleben derzeit, wie der amerikanische Präsident versucht, seine zuvor klar benannten politischen Ziele gegen die Regeln des politischen Ordnungssystems durchzusetzen, wie er Bundesrichter zu „sogenannten“ Richtern degradiert. Wir erleben, wie hier *policy* und *politics* mittels einer Kampfansage auf der Ebene der *polity* durchgesetzt werden soll. Schon in Polen folgte auf die Machtübernahme der populistisch-rechtskonservativen PiS-Partei umgehend ein Angriff auf das Verfassungsgericht, das weitgehend entmachtet wurde.

Populismus, derzeit besonders der Rechtspopulismus, ist nicht unbedingt demokratiegefährdend. Er kann eine berechtigte Korrektur bewirken, wenn sich politische Prozesse, Gruppierungen und Institutionen verselbstständigen und die Bürgerinnen und Bürger verunsichert sind und das Gefühl haben, nicht mehr teilhaben zu können. Erlangen Populisten jedoch die Macht, dann ist die Gefahr groß, dass ein Land hinter der Fahne „Volkssouveränität“ auf demokratischem Weg in ein antidemokratisches System hineinläuft. Dass in Frankreich der Front National Aussicht hat, stärkste politische Kraft zu werden, dass in den Niederlanden Geert Wilders laut aktueller Umfragen vorne liegt, ist mehr als alarmierend und muss in Deutschland, wo die AfD in einigen Bundesländern bereits zweitstärkste Kraft ist, zu höchster Wachsamkeit führen.

Jenseits programmatischer Aussagen

Gravierender noch als das aufmerksam zu studierende Grundsatzprogramm ist das außerparlamentarische Verhalten, sind die Äußerungen führender AfD-Mitglieder in den Medien und sozialen Netzwerken. Es ist ein Verhalten, das geprägt ist von Tabubrüchen und verbalen Entgleisungen, von Vorpreschen und nachträglichem Relativieren, von der Herabsetzung anderer Personen oder Personengruppen, von teils hasserfüllten und menschenverachtenden Äußerungen. Namhafte Mitglieder der AfD verhalten sich nicht nur populistisch, sondern geradezu demagogisch, indem sie in den Netzwerken an entfesselte Emotionen, niedere, Instinkte und feindselige Vorurteile appellieren und sich der Hetze und maßloser Übertreibung bis hin zur Lüge schuldig machen.

Besondere Wachsamkeit ist auch gefordert angesichts der Tatsache, dass es vielen AfD –Mitgliedern offenbar an Bereitschaft fehlt, sich von rechtsextremen und neonazistischen Personen und Positionen zu distanzieren. Öffentlich gewordene Beispiele gibt es genug.

Was tun aus christlicher Orientierung?

Rechtspopulistische Politik macht sich Ängste und Sorgen zunutze, die einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung umtreiben. Viele Wähler der AfD interessieren sich nicht für deren politisches Programm. Sie wissen oft nicht einmal, welche Personen sie gewählt haben, ganz zu schweigen davon, dass sie Interesse für das aufbringen, was ihre Mandatsträger in den politischen Gremien tun und lassen. Sie wählen einfach aus Protest oder diffusem Überdruß gegen die etablierte Politik, weil sie sich und ihre Einsichten nicht genügend berücksichtigt fühlen, sich „abgehängt“ fühlen, wie es oft heißt. Ebenso wichtig ist das Gefühl des Abgehängtseins ist das Gefühl der Ohnmacht, die Wahrnehmung, in undurchsichtige, global verknüpfte und verschachtelte Zusammenhänge hinein gewoben zu sein, ohne diese beeinflussen zu können. Das macht misstrauisch. Heinz Bude beschreibt in seinem Buch „Das Gefühl der Welt“ dieses Gefühl so: „Man vertraut nicht auf die eigene Kraft im Kollektiv, sondern misstraut dem teuflischen System. Die Angehörigen der Misstrauensgesellschaft fühlen sich in einem geschlossenen System allseitiger Abhängigkeit gefangen, dessen Teile aber kein vernünftiges Ganzes ergeben, sondern jeweils durch selbstsüchtige Willkür und bloße Zufälligkeit bewegt sind. Gegen diese ungeheure Haltlosigkeit der Welt richtet sich die universelle Empörung, die sich mal an diesem, mal an jenem Gegenstand entzündet. Es ist Ausdruck eines Unbehagens in der Welt, das sich weder zur Weltverneinung noch zur Weltbejahung entschließen kann.“

Was ist zu tun, dass die Angehörigen der „Misstrauensgesellschaft“ wieder Vertrauen fassen und zu einer weltbejahenden Haltung finden? Wie kann ein Gefühl von Beheimatung gefördert werden? Eine mögliche Antwort: Indem man den Menschen verstärkt Möglichkeiten eröffnet und aufzeigt, „am Ort“ in überschaubaren zeitlichen und räumlichen Größenordnungen Gesellschaft mitzugestalten. Es geht darum, das Überschaubare gegenüber dem Unüberschaubarer deutlicher in den Vordergrund zu rücken. Es geht darum, das Gefühl zu stärken, wahrgenommen und gebraucht zu werden. Das gelingt nur im sozialen Nahraum. Es geht darum, dem Gefühl der Ohn-

macht und des Ausgeliefertseins etwas Positives entgegenzusetzen; die Erfahrung konkreten, partizipativen Eingebundenseins in eine Kommunität. Hier hat Kirche ein unschätzbare Potential, das es verstärkt zur Geltung zu bringen gilt.

Ein Weiteres: Dass Ausgrenzung und Polarisierung nicht der Weg der Christen sein kann, liegt auf der Hand und wurde von Papst Franziskus in neuer Weise zur Sprache gebracht. Auch steht es Christen nicht an, sich in die Spirale von Beschimpfung und Diffamierung hineinzubegeben. Wählerbeschimpfung hilft nicht weiter. Was jedoch gefordert ist, ist Zivilcourage und eine „klare Kante“, wenn es darum geht, populistische oder gar demagogische Politik zu entlarven.

Konkret erscheinen mir für einen kirchlichen Umgang mit dem Rechtspopulismus folgende Punkte wichtig:

1. Abgrenzung und Distanzierung bedeutet nicht Dialogverweigerung. Aber ein Dialog sollte Populisten keine öffentliche Plattform bieten für die Verbreitung ihrer Slogans und ressentimentgeladenen Parolen.
2. Kirche und KirchenvertreterInnen tun gut daran, sich klar zur repräsentativen Demokratie und den rechtsstaatlichen Mechanismen zu bekennen.
3. Zu inhaltlichen Fragen, etwa zur Flüchtlingspolitik oder zu Fragen der Familie und Toleranz anderer Lebenssituationen, zur sozialen Gerechtigkeit, zu Friede und Bewahrung der Schöpfung sind klare Stellungnahmen der Kirchen gefragt.
4. Rechtspopulisten sind in den social media überaus aktiv. Die Bevölkerungsmehrheit darf die neuen Kommunikationsmedien diesem Personenkreis nicht einfach schweigend überlassen. Es ist auch eine Form christlicher Zivilcourage, sich aktiv in die Netzwerke hinein zu begeben als Anwalt eines sachdienlichen Dialogs und Repräsentanz einer christlichen Position.
5. Es braucht einen innerkirchlichen Dialog. Denn auch konservative, antiliberal orientierte Kirchenmitglieder sind anfällig für populistische Parolen, was einschlägige Veröffentlichungen und Umfragebefunde hinreichend belegen.

Die politische Kulturlandschaft ist europaweit und darüber hinaus im Umbruch. Es zeichnet sich noch nicht klar ab, worauf es hinausläuft. Christen dürfen sich nicht damit begnügen am Frühstückstisch kopfschüttelnd die Zeitung zur Seite zu legen und zur Tagesordnung überzugehen. Wachsamkeit ist gefragt, Mitgestaltung, Zivilcourage und eine Unterscheidung der Geister in Orientierung an der Botschaft, die wir auszurichten haben.